reinzkampf der Bourgeoisie handle. Wir Kommunisten stellten der Bourgeoisie damals einen eigenen Klassenkandidaten gegenüber.

Von Bebel zu Hindenburg

Heute will die SPD. den Massen weismachen, daß Hindenburg das „kleinere Uebel" bedeute. Wir sagen auch: der Schwindel vom „kleineren Uebel" bedeutet nichts anderes, als Millionen Proletarier und Werktätige zu betrügen. Die Politik des „kleineren Uebels" ist in Wirklichkeit die des größeren Uebels, das größte Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse.

1925 sagten wir: die SPD. ist von Karl Marx zu Wilhelm Marx gekommen. Heute können wir sagen: sie ist von August Bebel zum Stahlhelm-General Hindenburg gekommen.

Damals sagte der „Vorwärts": Hindenburg sei Monarchist vom Scheitel bis zur Sohle. Der „Vorwärts" sagte: die Aufstellung Hindenburgs sei eine ungeheure Provokation der Arbeiter.

Heute redet die Sozialdemokratie anders. Alle republikanischen Parteien mitsamt der „Eisernen Front" setzten sich mit Begeisterung für Hindenburg ein. Sie entlarven sich dadurch selbst. Es fragt sich heute nur, ob sie damit nicht die Geduld der sozialdemokratischen Arbeiter erschöpft haben. Die sozialdemokratischen Proletariermassen werden auf die Dauer diese politischen Hochstapeleien nicht mitmachen.

Die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, die durch die internationale Unterdrückung Deutschlands zu einer Massenpartei geworden sind, verkündeten vor sieben Jahren, daß mit der Wahl Hindenburgs die nationale Befreiung Deutschlands beginne. Nach sieben Jahren Hindenburg-Regierung ist aber die außenpolitische Unterdrückung durch den Youngplan nur noch schlimmer geworden. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten haben damals das deutsche werktätige Volk beschwindelt und versuchen es heute wiederum.

So wenig wie Hindenburg das kleinere Uebel gegenüber Hitler ist, so wenig hat Hitler auch nur das geringste mit der Befreiung des werktätigen Volkes von außenpolitischer und innenpolitischer Knechtschaft zu tun. Der Front der Bourgeoisie steht in diesem Kampf Klasse gegen Klasse allein der Kandidat der roten Einheitsfront gegenüber.

Genosse Thälmann zerstörte dann die Illusionen, als könne die proletarische Klasse durch eine Stimmzettelaktion des kapitalistischen Staates jemals einen eigenen Präsidenten stellen. Wenn wir solche Illusionen nähren würden, wären wir Betrüger an der proletarischen Klasse.

Genosse Thälmann erklärte dann: Der Wahlkampf bedeutet für uns ist in erster Linie eine außerparlamentarische Massenmobilisation zur Stärkung der proletarischen Aktivität und des Kampfwillens aller Werktätigen!

Genosse Thälmann ging dann eingehend auf die durch das kapitalistische System geschaffene Ausplünderung der Massen, auf die verstärkten faschistischen Diktaturmethoden, auf die gewaltige Verschärfung der kapitalistischen Krise, auf den Zusammenbruch der Banken und Großkonzerne ein. Er beleuchtete den Wahnsinn der Produktionsvernichtung im Kapitalismus, das furchtbare Massenelend, das unter anderem in über sechs Millionen Erwerbslosen seinen Ausdruck findet.

Verbot von Streiks, Belagerungszustand, faschistischer Terror — das seien die wichtigsten Waffen der Bourgeoisie. Dann zeigte Genosse Thälmann die Unterdrückung des deutschen werktätigen Volkes durch das Versailler System.

Zum Schluß ging Genosse Thälmann auf die Kriegslage im Fernen Osten ein. Er streifte das Memorandum des japanischen Ministerpräsidenten Tanaka und verkündete den kühnen revolutionären Kampfeswillen des deutschen Kommunismus zur Verteidigung Sowjetchinas und der Sowjetunion.

Immer wieder wurde Genosse Thälmann während seines ganzen Referates von Beifallsstürmen und Begeisterungskundgebungen unterbrochen. Bei Redaktionsschluß dauert die Versammlung noch an.

Telegrammwechsel Dortmund—Berlin

Vom überfüllten Sportpalast wurde folgendes Telegramm an den Genossen Thälmann, der in Dortmund in der Westfalenhalle den Wahlkampf eröffnete, gesandt:

„Ueberfüllte Sportpalastkundgebung des roten Berlin begrüßt den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann und die in der Westfalenhalle versammelten Werktätigen des Ruhrgebiets im Zeichen des Kampfes Klasse gegen Klasse mit einem dreifachen Rot Front!"

Zur selben Stunde traf in Berlin das folgende Telegramm aus Dortmund ein:

„Westfalenhalle Dortmund, erste Wahlkundgebung der KPD. überfüllt. Zwei Stunden vor Beginn wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen. Parallelversammlungen in großen Sälen Dortmunds ebenfalls überfüllt. Massen in den Straßen. 50 000 wollen Thälmann hören. Stürmische Begeisterung für Kandidaten der Armen gegen Kandidaten der Reichen. Massenbekenntnis zur Verteidigung der Sowjetunion und zum Kampf Klasse gegen Klasse."

Roter Wahlhelfersturm für Thälmann

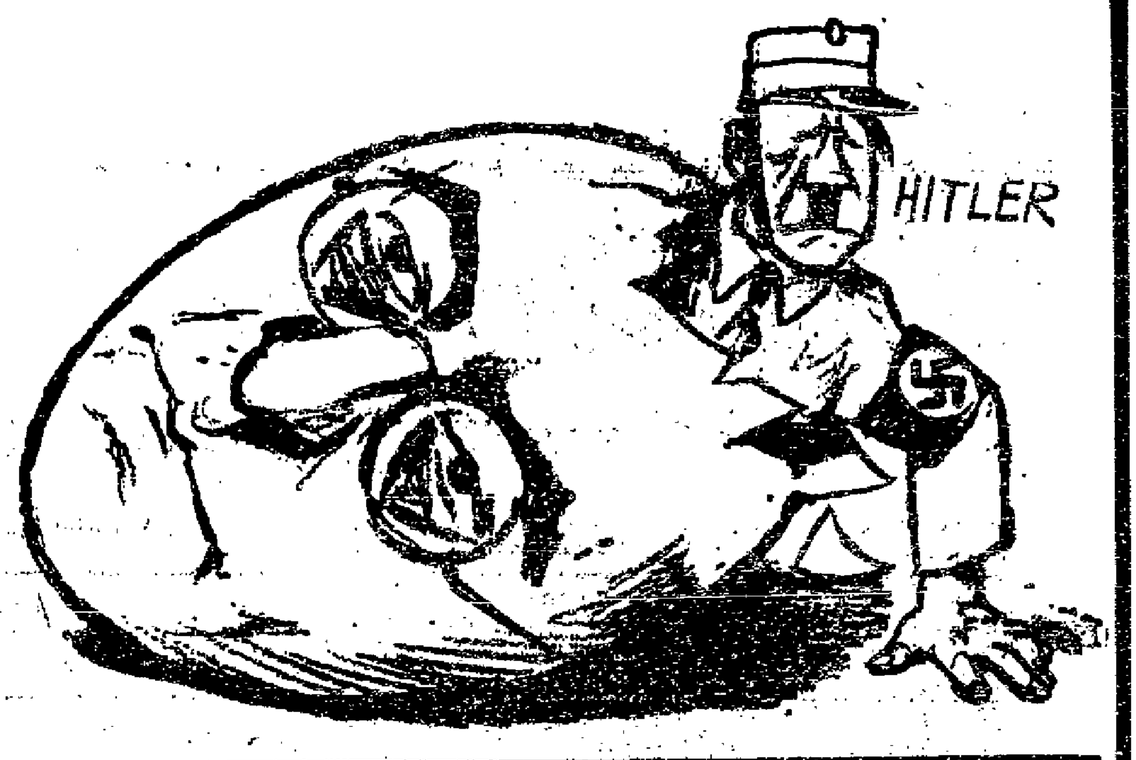
Vorwärts gegen die Kandidaten der Reaktion!

Aus der Aktivität der roten Wahlhelfer und der gesamten Arbeiterschaft für den roten Kandidaten Thälmann bringen wir nachstehend einige kurze bezeichnende Beispiele. Verhundertfacht, vertausendfacht sie, Arbeiter, Genossen!

Die am 22. Februar tagende Betriebsversammlung der Afa-Arbeiter des Gartenbauamtes Neukölln nahm mit 60 gegen 1 Stimme folgende Resolution an: „Wir verpflichten uns in unserem Betriebe zum schärfsten Kampf gegen die „eiserne" Front, gegen die Front von Wels bis Hitler. **Restlos werden wir unsere ganze Kraft als rote Wahlhelfer für den Kandidaten der roten Einheitsfront, Ernst Thälmann, einsetzen!"**

Die Zelle 555 hat eine Stoßbrigade von 30 Genossen gebildet. In kurzer Zeit wurden 145 neue Mitglieder für die Partei geworben. Davon warb ein Genosse allein 31 Mitglieder, davon 12 Betriebsarbeiter. Außerdem gründete die Zelle eine Betriebszelle bei Ambi-Budd.

Straßenzelle 62 machte 75 Aufnahmen für die Partei; die Zelle 81 tätigte 83 Neuaufnahmen. Von den gesamten Aufnahmen sind 35 Prozent Betriebsarbeiter!



Mitteldeutsche Chemiehölle im Streik

Chemiearbeiter von Bitterfeld kämpfen gegen den imperialistischen Krieg

Bitterfeld, 27. Februar. Die wichtige Abteilung der Säurefabrik in den Chemischen Griesheimwerken trat geschlossen in den Streik. Die streikenden Arbeiter fordern Lohnerhöhung von 20 Prozent und betriebliche Verbesserungen.

Der bestreikte Betrieb hat in den letzten Wochen große Kriegsaufträge von Japan erhalten. Es handelt sich um einen der wichtigsten Kriegsbetriebe Mitteldeutschlands. Durch den Streik werden die Kriegslieferungen an die japanischen Räuber empfindlich gestört. Der Streik der Bitterfelder Chemiearbeiter ist darum zugleich ein Kampf gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher.

Das Beispiel von Bitterfeld muß anfeuernd auf alle Arbeiter in der Kriegsindustrie und im Transportwesen wirken. Verhindert durch euren Kampf die Lieferung von Kriegsmaterial an die imperialistischen Kriegsverbrecher!

Berliner Chemiearbeiter gegen die japanischen Kriegsverbrecher

In einer sehr gut besuchten RGO.-Mitglieder-Versammlung des Berliner Chemiebetriebes Schering-Kahlbaum wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die Zuspitzung des Konfliktes zwischen Japan und China und die starke Bedrohung der Sowjetunion zeigen ganz kraß, in welche Nähe ein neues Völkermorden gerückt ist. Ohne jede Kriegserklärung sind schon Tausende von chinesischen Proleten von den imperialistischen Räubern niedergemetzelt worden. Jetzt muß insbesondere die Arbeiterschaft der Chemieindustrie in Bewegung gesetzt werden. In allen Kriegsproduktionsbetrieben zeigt sich eine ansteigende Konjunktur. Diese Tatsachen müssen den schärfsten Entrüstungssturm der gesamten deutschen Arbeiterklasse auslösen. Es gilt, die Profitgelüste der Kriegstreiber zu zerschlagen! Darum kämpfen wir für den Kandidaten des Friedens, Ernst Thälmann!"

SPD im Reichstag für Notverordnung!

Brünings Zusammenspiel mit Breitscheid-Parlament auf unbestimmte Zeit vertagt

(Fortsetzung von der ersten Seite.)

Frick meldet sich zum Wort. Minutenlange Rufe empfangen ihn: „Youngknecht! Youngknecht!" Frick bleibt völlig unverständlich und muß abtreten. Seine Fraktion liegt sich unterdessen in den Haaren. Ein Teil der Nazis stürmt auf ihren Außenpolitiker Rosenberg los.

Die Nazis waren so geschlagen, daß sie nach der Abstimmung über den Youngplan unter den Zurufen der Kommunisten durch Straßer eine Erklärung abgaben, sie würden an den weiteren Beratungen nicht mehr teilnehmen. Sie zogen dann aus unter allgemeinem Tumult und Zurufen: „Groeners Youngarmee marschiert ab!"

Nicht wenige Abgeordnete der Hitler-Partei spürten, daß ihr Verrat so plump und unverhüllt ist, daß die werktätigen Nazi- und SA.-Mitglieder ihnen die Antwort darauf nicht schuldig bleiben werden. Denn in der gestrigen Abstimmung sind alle Phrasen gegen Young, von denen die NSDAP. lebt, als unverschämtester Volksbetrug und ihre Partei selbst als Lakai und Vasall des internationalen Finanzkapitals ein für allemal entlarvt.

*

Jetzt also war eine glatte Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten im Reichstag vorhanden. Aber was taten die Sozialdemokraten? Sie stimmten für die Aufrechterhaltung aller Notverordnungen. Sie stimmten für die Beibehaltung der Wucherzölle, sie stimmten für den Brotwucher, den Lohnraub, den weiteren Unterstützungsabbau, und sie lehnten ab alle Anträge der Kommunisten zugunsten der Mieter, zugunsten der Kleinbauern, zugunsten der von Schulden erdrückten kleinen Mittelständler.

Die ganze Schändlichkeit der sozialdemokratischen Führer und ihre erbärmliche Rolle kam deutlich zum Ausdruck bei der Abstimmung des kommunistischen Antrags auf sofortige Aufhebung des Nazierlasses des General Groener. Die Abstimmung darüber war namentlich. Da die Nationalsozialisten nicht dawaren, stimmten die Sozialdemokraten mit Nein-Karten, lehnten also den Antrag ab.

Plötzlich winkt Brüning von der Ministerbank den Sozialdemokraten Hertz zu sich und spricht mit ihm einige Worte. Hertz läuft zurück zu den Reihen der Sozialdemokraten, und plötzlich gibt Breitscheid das Signal, für den kommunistischen Antrag zu stimmen. Ein gewaltiger Tumult bricht im ganzen Hause aus. Denn die meisten sozialdemokratischen Abgeordneten hatten bereits ihre Nein-Karten abgegeben.

Aber was folgt nun? Etwas, was es im Reichstag noch nie gab, die abgegebenen Karten werden noch einmal eingesammelt. Loebe erklärt, daß eine zweite Abstimmung stattfinden muß, und nunmehr stimmt die sozialdemokratische Fraktion geschlossen mit Ja. Minutenlang rufen die Kommunisten: „Ihr Schieber, ihr seid genau solche Rekruten Brünings und Groeners wie die Nationalsozialisten!" Genosse Heckert ruft: „Glaubt doch nur nicht, daß die sozialdemokratischen Arbeiter dieses jämmerliche Spiel nicht durchschauen!" „Ihr wißt, daß der Reichsrat diesen Beschluß doch aufhebt, nur darum stimmt ihr dafür!"

Kurz vor Schluß der Sitzung beantragt dann der Sozialdemokrat Loebe, den Reichstag zu vertagen und die Einberufung dem Ermessen der Brüningregierung zu überlassen. Genosse Torgler protestiert auf das schärfste. Er verlangt angesichts der Verschärfung der Kriegsgefahr, angesichts der weiteren geplanten Hungermaßnahmen der Regierung, angesichts der Brotpreissteigerung, daß die nächste Sitzung des Reichstags bereits am Dienstag einberufen wird. Dagegen stimmt die ganze Front von SPD. bis zu den Deutschnationalen.

Als Loebe die Sitzung schließt, erhebt sich Genosse Leow und ruft in den Saal: „Dem roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann, dem kommenden Sowjetdeutschland ein dreimal kräftiges Rot Front!" Die gesamte kommunistische Fraktion stimmt in den Ruf ein.

Annahme des KPD.-Antrages für die verschütteten Kumpels

Kurz vor der Reichstagsabstimmung über den kommunistischen Antrag für die sieben Geretteten der Karsten-Grube (siehe 4. Seite Hauptblatt) meldete sich der „christliche" Reichsarbeitsminister Stegerwald, um seine Annahme zu verhindern. Stegerwald erklärte, daß ihm auf Grund einer Rückfrage mitgeteilt wurde, daß der Schichtlohn an die sieben Geretteten ausgezahlt worden sei. Diese Mitteilung ruft einen Entrüstungssturm der Kommunisten hervor.

Genosse Jadasch erklärt, daß die Bergarbeiter für drei Schichten — also für 24 Stunden — nur eine Schicht bezahlt bekommen haben. Sechs Tage waren die Bergarbeiter verschüttet, das waren nicht sechs Schichten, sondern waren 18 Schichten. Unter dem Druck der Kommunisten mußte dann doch die Abstimmung erfolgen. Die ersten drei Punkte des kommunistischen Antrages, den wir an anderer Stelle wiedergeben, wurde angenommen.

Wer ist für Hindenburg?

Immer „erlauchtere" Unterschriften häufen sich auf der Liste des Westarpaufrufes für Hindenburg, aus der wir folgende Namen wahllos herausgreifen:

Graf von Arnim-Muskau, Admiral von Coerper, Graf Dohna, Landrat a. D., Graf Finck von Finckenstein, Parnäckel, Graf Finck von Finckenstein, Trossin, D. Freiherr v. d. Goltz, Präsident des ev. Konsistoriums, Freiherr von Hammerstein, Freiherr Heyl zu Herrnsheim, Konteradmiral von Köllner, Graf zu Münster, Generalstaatsanwalt Reich, Kessel, General der Inf. Sondershausen, Dr. Schacht, Essen, Graf Schaßberg, Wallesdorf, Graf Strachwitz, Schloß Gustau usw., usw.

SPD.-Arbeiter! In Gesellschaft dieser Grafen, Generale, Admirale, Staatsanwälte sollst du nach dem Willen der Wels, Leipart und Konsorten den Kandidaten des kleineren Uebels wählen!

Keine Stimme Hindenburg, dem Vertrauensmann der Generale, Grafen, SPD.-Führer, Finanzkönige, ADGB.-Bonzen und Großagrarier!